

## Mahnwache für den Frieden (6.3.2002)

Gleich um 17.00 Uhr eröffnen wir in Haus Siekmann die diesjährige Woche der Brüderlichkeit in Sendenhorst mit einer Vielzahl von Veranstaltungen in der nächsten Woche. Unser Thema in diesem Jahr ist „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“. Wir begehen dieses Jubiläum in einer Zeit, in der die Menschen in den ebenfalls bereits seit Jahrhunderten existierenden jüdischen Gemeinden in Odessa, Kiew und anderen ukrainischen Städten Zerstörung und Tod fürchten müssen. Nach der Fast-Auslöschung des ukrainischen Judentums während des Holocaust stehen sie zusammen mit den anderen Menschen in der Ukraine wieder am Abgrund. In den in den letzten Jahrzehnten wieder erstarkten jüdischen Gemeinden in Deutschland schätzt man die Zahl der ukrainisch-stämmigen Mitglieder auf etwa 45%, die fast alle noch Familienmitglieder, Bekannte oder Freunde im Kriegsgebiet haben. Wir können uns sicher leicht vorstellen, was das für die Situation in den jüdischen Gemeinden bei uns bedeutet.

Sie werden es mitbekommen haben: In der letzten Woche wurde ein ganzes jüdisches Waisenhaus von Odessa ausgerechnet nach Berlin evakuiert. Wer hätte gedacht, dass es einmal so weit kommen wird.

Eine Grundbedingung für die Existenz der Wochen der Brüderlichkeit und ihren Erfolg ist der ehrliche Blick in die eigene Geschichte. Es gilt, sich der eigenen historischen Wahrheit zu stellen – und sei sie noch so beschämend oder belastend. „Wer sich nicht erinnert, wird die Geschichte noch einmal erleben.“ So steht es sinngemäß an der Eingangstür zu einer Ausstellung im Stammlager von Auschwitz. Wir registrieren daher Versuche, Wahrheit und Geschichte zu zensieren oder sogar zu kriminalisieren, als höchst befremdlich. Wir erleben das derzeit im Abtöten jeder Meinungsfreiheit oder unabhängigen Berichterstattung in Russland, sehen Gleiches aber auch in China, wenn es z.B. um das Totschweigen des Massakers auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ in Peking geht.

Die Behauptung des russischen Präsidenten, man müsste die ukrainische Regierung entnazifizieren, ist angesichts eines jüdischen Staatsoberhauptes in Kiew schlicht absurd und einfach nur für den eigenen Zweck konstruiert. Wir wehren uns von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit gegen jeden vorschnellen Vergleich mit dem Holocaust und gegen die Nutzung von NS-Symbolen oder Parolen für eigene – durchsichtige - Zwecke. Das Ganze ist aber nicht nur falsch. Derartige abstruse Bezüge – wie auch das Tragen von „Gelben Sternen“ bei Querdenker-Demonstrationen - stellen schlicht eine Verhöhnung der damaligen Opfer dar.

Auf den Gebieten von Polen, Belarus und der Ukraine gab es die mit Abstand größte Zahl von Opfern im Holocaust. In der Schlucht von Babi Jar wurden an wenigen Tagen Zehntausende erschossen – und mit den Leichnamen die Schlucht aufgefüllt. Babi Jar liegt heute mitten in der Großstadt Kiew. Die Gedenkstätte dort ist höchst eindrucksvoll – sie wurde aber in den letzten Tagen schon ein Opfer des russischen Bombardements.

Die Initiative zur Woche der Brüderlichkeit in Deutschland ist keine staatliche, sondern eine zivilgesellschaftliche Initiative. Wir können in diesen Tagen erkennen, wie wichtig eine Zivilgesellschaft ist, die sich um das Gemeinwohl sorgt. Wird eine Zivilgesellschaft zum Schweigen gebracht, kontrolliert niemand mehr autoritäre Despoten. Und wir sehen jetzt, wie leichtfertig von Einzelnen ein Krieg angezettelt werden kann und Tausende von Menschen sterben müssen, und das alles nur zum Machterhalt dieser Diktatoren. Was gelten Verträge mit Despoten, die die Wahrheit mit Füßen treten? Eine gute Frage an eine Wirtschaftsnation wie Deutschland.

Im Interesse des Friedens lohnt es sich für uns alle, Demokratie, die Wahrheit der eigenen Geschichte und Meinungsvielfalt zu verteidigen. Vielen Dank!

(Gerd Wilpert, für den Vorstand des Vereins Woche der Brüderlichkeit in Sendenhorst e.V.)